Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Textzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 2c.), bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Das Putz- & Mode-Magazin
J. M. Horschatz
Hoflieferant, Stroh- & Filzhutfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1873,
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Karlstrasse, Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2966.)

Ratanhiamundwasser, elegantes, bestes Mittel zur Conservirung der Zähne, Fl. 1 Mk.
Chinahaarwasser, vorzüglich gegen Ausfall der Haare, Flasche 1 Mk. 25 Pf.
Bay-Rum, zur Beseitigung von Kopfschuppen, Fl. Mk. 1,25.
Prompter Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke Dresden, Georgenthor.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.
Grosses Lager von Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. — Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, Wien

Nr. 301. Spiegel: Deutschthum und Antisemitismus in Oesterreich. Hofnachrichten. Städtewappen. Landwirthschaftliche Ausstellung. Lehrerversammlung. Musikverein. Gerichtsverhandlungen. Ricordi-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Aufheiternd, wärmer. | **Freitag, 30. Oktbr.**

Da am Sonntag, den 1. November, keine Nummer der „Dresdner Nachrichten" erscheint, ersuchen wir die geehrten Inserenten,

Inserate,

welche sich auf Veranstaltungen an diesem Tage beziehen, als Voranzeigen für die Sonnabend-Nummer uns zugehen zu lassen.

Morgen am Reformationsfeste bleiben unsere sämmtlichen Geschäftsräume geschlossen.

Die Geschäftsstelle.

Politisches.

Zum ersten Male in der laufenden Session hat im österreichischen Abgeordnetenhause eine politische Debatte im großen Stile stattgefunden und zwar bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Dispositionsfonds. Die Linke hatte sich schlüssig gemacht, diesen Gegenstand zu dem Ausgangspunkt einer Aktion zu gestalten, durch die sie eine Klärung der verworrenen innerpolitischen Lage zu erzielen hoffte. Es war zu dem Zwecke eine Reihe von Anfragen an die Regierung gestellt worden, deren Tiefpunkt nach zwei verschiedenen Richtungen lag: einmal handelte es sich um die Aufrechterhaltung der Staatsgrundgesetze mit besonderer Bezugnahme auf die Hochhaltung des staatlichen Schulprinzips gegenüber dem Herrschaftsbegehren des Klerikalismus, und zum anderen um den Schutz der berechtigten Interessen des Deutschthums in Anknüpfung an die sich unausgesetzt steigernde Feindseligkeit der Czechen in Böhmen. Das Ergebniß entsprach aber nicht den gehegten Erwartungen. Nicht einmal die Fragesteller selbst hatten den Muth, die Konsequenzen ihrer Haltung rücksichtslos bis in's Einzelne zu verfolgen. Umso weniger konnte man es daher dem Ministerpräsidenten Grafen Badeni verargen, wenn er sich bei der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen von dem geraden Wege entfernte und sich ganz allmählich in Serpentinen zu dem Ziele seiner Antwort hinaufwand.

Bei uns interessirt in erster Linie derjenige Theil der Verhandlungen, der dem Schutze des bedrohten Deutschthums in den österreichischen Landen gewidmet war. Die hierauf bezügliche Anfrage lautete: „Wodurch gedenkt der Herr Ministerpräsident sich das völlig geschwundene Vertrauen der deutschböhmischen Bevölkerung zu verschaffen, zu beleben und zu stärken? Ist er bereit, eine bindende Erklärung dahin abzugeben, daß er in staatsrechtlicher Hinsicht wem immer keinerlei Konzessionen zu gewähren beabsichtigt?" Die „staatsrechtlichen Konzessionen", auf die hier angespielt wird, betreffen das von czechischer Seite immer lauter und ungenirter erhobene Verlangen nach Errichtung eines besonderen Königreichs Böhmen. Außerdem wurde noch angefragt, ob die Regierung endlich bereit sei, den alten Wunsch der böhmischen Deutschen auf Einführung einer eigenen deutsch-nationalen Vertretung im Landesausschuß und in den Landesanstalten zu erfüllen, die Bürgschaften gegen die jetzt beliebte unbeschränkte Vergewaltigung der Deutschen durch die czechische Mehrheit gewähre. Es wurde um Aufklärung gebeten, wie sich die Regierung zu den herausfordernden czechischen Demonstrationen im deutschen Sprachgebiet und zu den behördlichen Verboten deutscher Kundgebungen daselbst stelle. Die Antwort des Grafen Badeni auf diesen Theil der Interpellation sagt durch das, was sie ausdrückt, Nichts, dagegen Alles durch das, was sie verschweigt. Gerade auf die positiven Einzelfragen ging der Ministerpräsident überhaupt nicht ein. Statt dessen bewegte er sich in ganz allgemeinen, völlig unverbindlichen Redewendungen über den nationalen Frieden. Er meinte, die Herstellung oder wenigstens, wie er gleich vorsichtig einschränkend hinzufügte, die Anbahnung des nationalen Friedens müsse für jede Regierung als eines der wichtigsten „Probleme" gelten. Der „problematische" Charakter der nationalen Frage oder vielmehr der Haltung der Regierung ihr gegenüber trat denn auch in den weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten nur allzu deutlich zu Tage in Gemeinplätzen wie: „die Anwendung einseitiger Maßnahmen sei ausgeschlossen". „Die Regierung könne nicht aus sich selbst heraus, allein, ausschließlich auf diesem Gebiete handeln". Schließlich wußte der Ministerpräsident nichts Besseres zu geben als die matte Versicherung, die Regierung werde „wenigstens versuchen", den „wirklich unhaltbar gewordenen Zuständen in Böhmen" abzuhelfen. Von einer beneidenswerthen Resignation zeugte der weitere Ausdruck der Hoffnung, daß „in nicht allzu ferner Zeit" der Tag anbrechen werde, wo die antagonistischen Nationalitäten „friedensbereit" die vermittelnden Intentionen der Regierung besser würdigen zu würdigen wissen, als es bis jetzt der Fall gewesen sei. Das heißt also mit anderen Worten, es bleibt einstweilen Alles beim Alten. An ein auch nur halbwegs energisches Eingreifen der Regierung zum Schutze der unzweifelhaften verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen in Oesterreich überhaupt und insbesondere in Böhmen ist nicht zu denken, der Czeche ist nach wie vor lieb Kind in Wien und bekommt höchstens, wenn er sich gar zu unartig benimmt, einmal eine sanfte Vermahnung: „Du unartiger Bub' Du, willst Du wohl Deinen deutschen Spielkameraden in Ruhe lassen." Zu einer derben Lektion auf die Weichtheile aber vermag sich die Regierung in ihrer übermäßigen Zärtlichkeit nicht aufzuschwingen. Dabei sind aber die Czechen der Regierung für ihr liebevolles Entgegenkommen nicht einmal dankbar, im Gegentheil! Sie machen ihr auf Schritt und Tritt Opposition und sehen auch in den Budgetfragen so verdrossen darein, als ob sie geschworen hätten, der Regierung nicht eher wieder auch nur einen Kreuzer zu bewilligen, ehe sie nicht das böhmische Staatsrecht als Entgelt giebt.

Unter diesen Umständen hätte der Vorstoß der Linken nur dann Erfolg haben können, wenn er mit rücksichtsloser Bravour von Anfang bis zu Ende durchgeführt worden wäre. Davon war aber blutwenig zu spüren. Die ganze Art und Weise des Vorgehens der Linken trug den Stempel jener lavirenden Gesinnung, nach der Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist. So kam es zu keinem richtigen Gefecht, das allein den schutzbedürftigen deutschen Minoritäten die beruhigende Ueberzeugung hätte liefern können, daß die Vertretung ihrer Interessen in zuverlässigen, starken Händen ruhe. Die Herren von der Linken sind eben so sehr Taktiker geworden, daß sie darüber schließlich jedwede grundsätzliche Festigkeit verloren haben. Sie sind nicht mehr im Stande zu begreifen, daß es gewisse Lagen giebt, in denen alles „Kompromisseln" ausgeschlossen ist. In der That, mit jedem neuen Schritte, den die Linke unternimmt, verstärkt sie das allgemeine Gefühl, daß die Partei etwas unheilbar Greisenhaftes an sich hat, daß sie absolut nicht mehr in die Zeit hineinpaßt. Sogar das leitende Organ der Linken zeigt sich ungehalten über die allzugroße Nachgiebigkeit der Partei, indem es schreibt: „Man sollte glauben, daß eine Partei, auf welche die Regierung so wenig Rücksicht nimmt, keinen Grund hat, mehr Rücksicht auf die Regierung zu nehmen."

Dieselbe Unfähigkeit der Linken, klare Stellung zu nehmen, trat auch bei der Begründung der Anfrage über die kirchenpolitischen Verhältnisse in die Erscheinung. Der Redner der Linken wußte bei der Besprechung dieses Gegenstands nichts Besseres zu thun, als ein feierliches Anathema über die antisemitische Bewegung auszusprechen, mit der Begründung, daß die Bewegung nicht mehr eine Gefahr für das Judenthum (damit wäre also wohl die Linke allenfalls einverstanden?), sondern für den Bildungsstand des ganzen Volkes sei, „weil der Klerikalismus in der Maske des Antisemitismus einherschleiche". An dieser Erklärung ist bezeichnend, daß das Wagniß einer offenen Vertheidigung des Judenthums schon nicht mehr unternommen wird. Ebenso wenig vermag sich die Partei aber zu einem offenen Anerkenntniß der üblen und gefährlichen Seiten des Judenthums aufzuschwingen: ein Dilemma, aus dem der Ausweg nach der Methode gefunden wird, daß man den Sack schlägt, während man den Esel meint. Es ist eine grenzenlose, angesichts der thatsächlichen Verhältnisse kaum verständliche Kurzsichtigkeit, daß eine Partei von der politischen Vergangenheit der Linken eine so bahnbrechende Bewegung, wie es die antisemitische in Oesterreich ist, schlechtweg mit dem Klerikalismus glaubt verquicken zu dürfen. Schon der von dem Redner der Linken selbst hervorgehobene Umstand, daß der Antisemitismus „auch selbst in gebildeten Schichten der bürgerlichen Kreise" Fuß gefaßt hat, hätte ihn von dem Widersinn seiner Behauptung überzeugen können. Zwar macht der Klerikalismus Versuche, die antisemitische Bewegung zu seinen Gunsten auszunützen. Zunächst liegt aber noch nicht der geringste Grund vor zu der Behauptung, daß die antisemitische Partei als solche dem Klerikalismus in die Hände arbeite. Sie beweist vielmehr, daß sie selbstständige praktische Politik zu treiben gewillt und im Stande ist, und hat davon erst jüngst ein Beispiel in der Wiener Kommunalverwaltung gegeben, indem sie die Vergesellschaftung des städtischen Gasbetriebs beschloß und dadurch eine Entwickelung anbahnte, die gegen die Ausbeutung der Bevölkerung nicht nur von Seiten der Juden, sondern auch der in geschäftlicher Beziehung nicht minder gefährlichen englischen Unternehmer gerichtet ist. Wenn die Linke sich entschließen könnte, in diesem Sinne mitzuarbeiten, könnte sie vielleicht noch einige verspätete Lorbeeren pflücken. Auch in der auswärtigen Politik verfolgt die antisemitische österreichische Partei eine durchaus vernünftige, den wahren Interessen des Landes entsprechende Richtung, indem sie einer Verständigung mit Rußland das Wort redet, während die Liberalen nach England schielen. So vermag die Linke sich nirgends zur Höhe der Situation zu erheben, und ihr blüht keine Zukunft mehr. Das ist der Endeindruck, der auch von der Debatte über den Dispositionsfonds in der Oeffentlichkeit haften bleibt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. Oktober.

Berlin. Der Bundesrath überwies heute den Antrag Bremens, betreffend die Zulassung von Ausnahmen auf Grund des Börsengesetzes zu Gunsten der Bremer Börse dem zuständigen Ausschuß. — Mit dem Abschluß einer Vereinbarung mit Belgien bezüglich der gegenseitigen Anerkennung der Identität der Zeichen an Waarenmustern erklärt sich der Bundesrath einverstanden. Der Antrag des Ausschusses, betr. die Feststellung des Gesammtkontingents an Zucker für das Betriebsjahr 1897/98 wurde angenommen. — Dem Bundesrathe liegen nunmehr sämmtliche Spezialetats für 1897/98 mit Ausnahme des Militäretats vor, welch' letzterer noch in dieser Woche dem Bundesrathe zugehen wird. — Die Gehaltsaufbesserungen für die Offiziere sollen mit dem Premierleutnant beginnen und mit dem Regimentskommandeur abschließen. Ausgenommen die Sekondeleutnants, sollen alle Chargen, auch die mit einem besonderen Gehalte auszustattende des Oberstleutnants, die bisher mit der des Bataillonskommandeurs gleichbedacht war, eine Erhöhung der Bezüge erhalten, bei den Hauptleuten so, daß der Hauptmann 2. Klasse mehr, der Hauptmann 1. Klasse eine Kleinigkeit weniger erhält als bisher, kurz so, daß nur noch eine Hauptmannsklasse besteht.

Zellerfeld am Harz. Der Mörder des Justizraths Levy in Berlin Bruno Werner wurde heute hier von dem Gendarmen Wicker verhaftet.

* **Zellerfeld am Harz.** Bruno Werner ist gestern Abend gegen 7 Uhr hier angekommen und wurde auf der hiesigen Verpflegungsstation aufgenommen und verpflegt. Die Papiere lauten auf den Namen des Handlungsgehilfen Winter, 1880 in Berlin geboren. Er ist noch nicht lange gewandert. Der Wanderschein zeigt erst zwei Visa, darunter eins aus Wernigerode, wo er schon von einem Gendarmen verhört, aber nicht erkannt wurde. Werner hat Vormittags in der Stadt gearbeitet für die genossene Verpflegung und wurde darauf bei Revision der Verpflegungsstation von dem Gendarmen Wicker erkannt. Als er von diesem herausgerufen und gefragt wurde, erklärte er sofort, der Gesuchte zu sein. Er weinte fortwährend. Die Vernehmung durch den Amtsrichter Koelle ist noch im Gange.

* **Berlin.** Nach einem Extrablatt des „Lokal-Anzeigers" sagte Werner in Zellerfeld aus, daß nicht er, sondern Grosse den Justizrath Levy ermordet habe; er hätte Frau Levy gestochen. Schmiere habe Niemand gestanden.

Berlin. Zu der Verhaftung Werner's wird noch gemeldet: Es ist festgestellt worden, daß Werner zu Grosse des Oefteren erwähnt hat, er habe in Nienhagen in Hannover einen Onkel, bei diesem könne er in der Noth Zuflucht finden. Seit acht Tagen sind die hannöver'schen Behörden von der Möglichkeit benachrichtigt gewesen, daß Werner seinen Weg durch ihre Amtsbezirke auf der Wanderung nach Nienhagen nehmen könne. Der Onkel ist der Schiffer Richard Müller, und Werner hoffte, auf dessen Boote sich verborgen halten zu können. Müller ist gegenwärtig aber auf der Fahrt nach Hamburg.

Berlin. Den beiden Offizieren des Norddeutschen Lloyddampfers „Hohenzollern", deren Verurtheilung zu hohen Geldstrafen wegen Betretung des Festungsrayons von Stonehutter's im Hafen von Hongkong seiner Zeit Aufsehen erregte, sind die Strafen nachträglich erlassen worden. — Die konservative Partei hält am 19. November in Berlin einen Deputirtentag ab.

Berlin. Im Süden von Berlin wurde heute Vormittag eine Erderschütterung beobachtet.

Frankfurt a. M. Der „Frankf. Ztg." wird aus New-York gemeldet: Graf Herbert Bismarck veröffentlicht eine Erklärung, daß sein Vater den neuesten Brief erst nach gründlichem Studium der Währungsfrage geschrieben habe. Fürst Bismarck sei der Ansicht, die Politik der amerikanischen Silbermänner sei nicht revolutionär, sondern im Interesse des Gemeinwohls.

Spandau. Eine Arbeitersfrau, deren Mann sich dem Trunk ergeben hatte, erhängte heute aus Verzweiflung darüber ihre beiden Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren und dann sich selbst.

* **Brandenburg a. d. Havel, 9 Uhr Abends.** Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Westhavelland. Bisher sind bekannt für Peus (Soz.) 6611, Blell (Freis. Volksp.) 3906, Loebell (kons.) 3311 Stimmen.

= **Brandenburg a. d. Havel.** Gesammtresultat bis auf 3 Ortschaften: Peus 7813, Loebell 6182, Blell 4752.

Meseritz. In der heutigen Verhandlung des Opalenitza-Prozesses bekundete Schäfiner Lehmann, der Distriktskommissar von Carnap habe von ihm in heftig beschimpfenden Ausdrücken Zutritt zum Bahnsteig verlangt. Da v. Carnap keine Bahnsteigkarte hatte, so wurde er nicht durchgelassen. Als er schließlich mit Bahnsteigkarte auf den Bahnsteig gelangte, sei er den gerade abgehenden Zug noch unter Ausstoßung von Schimpfreden abgelaufen. v. Carnap bestritt diese Bekundung. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde beschlossen, morgen Vormittag noch drei Opalenitzaer Bürger zu laden, da entweder Lehmann oder v. Carnap einen Meineid geleistet habe und es darauf ankomme, die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen festzustellen.

München. Der Landtagsabgeordnete Kommerzienrath Karl Maison ist heute früh gestorben. — Der Direktor der Kreisirrenanstalt und ordentlicher Professor der Psychiatrie der medizinischen Fakultät der Universität München Dr. Grashey wurde unter Enthebung von den beiden genannten Stellen zum Obermedizinalrath im Ministerium des Innern als Leiter des Obermedizinalausschusses berufen.

Konitz. Das Schwurgericht verurtheilte den Knecht Johann Stanislawski wegen Brandstiftung zu 10 Jahren Zuchthaus. Den von ihm verübten Brandstiftungen fielen im Juni 20 Gebäude des Ortes Ujilla und 800 Morgen Kiefernwald zum Opfer. Stanislawski gab an, die That begangen zu haben, weil er bei Bettelgängen zu geringe Gaben erhalten habe.

Wien. Nach den bisher bekannten 15 Ergebnissen der Landtagswahlen in Nieder-Oesterreich wurden 10 Christlich-Soziale, 1 Anhänger Schönerer's und 1 Katholisch-Konservativer gewählt; in zwei Wahlbezirken sind Stichwahlen erforderlich. Die Liberalen verlieren von ihren bisherigen 5 Mandaten 3 und kommen einmal in Stichwahl mit der deutschen Volkspartei.

Wien. Der Budgetausschuß nahm mit 25 gegen 9 Stimmen den Dispositionsfonds an.

Pest. Nach der letzten Feststellung sind gewählt 231 Liberale, 26 Angehörige der Nationalpartei, 39 der Kossuth-Fraktion, 5 der Ugronfraktion, 15 Volksparteiler und 10 Parteilose. Stichwahlen haben 6 stattzufinden.

Paris. Nach Depeschen aus Macon und Limoges sind die Flüsse, an welchen diese Städte liegen, ausgetreten und haben Schaden angerichtet. Nach den bisherigen Meldungen sind Unglücksfälle nicht vorgekommen. — Der Pariser Munizipalrathsvorsitzende Baudin, der das Stanislaus'sche Großkreuz abgelehnt hatte, erhielt vom Czaren einen prachtvollen Ring mit einem Rubinen zwischen zwei großen Brillanten.

Paris. Der Schwurgerichtshof fällte über Aubert und die unverehelichte Dubois, welche seinerzeit Delachaef die Briefmarken-Sammlung geraubt, ihn ermordet und den Leichnam in einen Reisekoffer gepackt hatten, das Urtheil. Ersterer wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, Letztere zu drei Jahren Gefängniß und außerdem Beide zum Ersatze der Sammlung verurtheilt.

Mailand. Aus Brescia wird gemeldet, daß daselbst eine Geheimwerkstätte entdeckt wurde, wo nach einer aus der dortigen Königl. Waffenfabrik entwendeten Zeichnung das in dieser hergestellte kleinkalibrige Gewehrmodell nachgearbeitet wurde. Bei einer gestern bei verschiedenen Waffenhändlern vorgenommenen Haussuchung wurden mehrere Hundert Gewehrläufe beschlagnahmt.

Lissabon. Während eines heftigen Sturmes an der Küste von Portugal kenterte bei Setubal ein Fischerboot. 14 Personen ertranken.

Petersburg. Eine Karawane mit Goldbarren ist aus Tomsk hier eingetroffen. Das Gewicht des Metalls beträgt 300 Pud. Eine zweite Karawane wird am 15. Januar nächsten Jahres abgehen. Diese Sendung ist unabhängig von der Jakutsker Expedition, welche jährlich 4 Karawanen abschickt. — Der Präsident des Vereins für Reichsdeutsche in Petersburg überreichte im Auftrag des Vereins dem deutschen Marineattaché 2 für die Schulschiffe „Stein" und „Stosch" bestimmte Andenken an ihren diesjährigen Besuch in der Hauptstadt Rußlands. „Stein" erhielt einen auf einem Felsblock aufrecht stehenden, zum Angriff bereiten Bären, „Stosch" wurden eine Nachbildung des Denkmals Peter's des Großen, das Standbild des Czaren in Bronze und zwei große Malachitvasen verehrt.

Konstantinopel. Da in den Regierungskreisen Besorgniß vor neuen Ereignissen herrscht, sind der Polizei- und der Militärdienst bedeutend verstärkt worden. Armenier werden in großen Mengen verhaftet. In Pera wurden bei zwei armenischen Frauen Bomben und Dynamitpatronen entdeckt.

Havanna. In der Nähe von Guanajay hat neuerdings ein Kampf mit den Aufständischen stattgefunden, in dessen Verlauf die spanische Kavallerie die Aufständischen in die Flucht schlug. Letztere hatten 15 Todte, darunter den Führer Reyes, die Spanier 5 Verwundete, darunter einen Offizier.

Suakin. Alle hier stationirten indischen Truppen werden Mitte November nach Indien zurückkehren.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt